



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 12 vom 14.6.2018

Inhalt

SCHWERPUNKT: GEWERKSCHAFTEN, ENGAGEMENT UND ARBEITSMARKT

EDITORIAL

- IG Metall Vorstand: Gute Arbeit der Zukunft
- Weselsky: Bürgerschaftliches Engagement in der GDL
- Wötzel: Beruf, Familie und Engagement vereinbaren
- Peters/ Vandamme: Nachbarschaftshilfe und Sprachverwirrung
- Blaschke: Engagement und bedingungsloses Grundeinkommen

LÄNDER

- »Wir beteiligen uns.«: Weiterbildungsreihe
- Open Data in NRW: Antwort der Landesregierung

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Hummel: Appell von Mannheim
- Ehrenamt als Auswahlgrund für Familiennachzug
- Kleine Anfrage zu BFD mit Flüchtlingsbezug beantwortet
- Kleine Anfrage zu Migrantenselbstorganisationen beantwortet
- Zusammenarbeit mit InteressenträgerInnen: Erste Antwort
- Verfassungsschutz und Demokratieprojekte: Anfrage beantwortet

AKTUELLES AUS DEM BBE

- AG »Migration, Teilhabe, Vielfalt«: Sitzungsbericht
- Freiwilligendienste im europäischen Vergleich: Workshop-Bericht
- Mitglied des Monats: dbb beamtenbund und tarifunion

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- »Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung«
- Wirksames Sozialunternehmertum: Social Impact Camp
- Deutscher Nachbarschaftspreis 2018
- openTransfer Accelerator: Skalierungsstipendium
- Analysetool für gemeinnützige Organisationen
- »Vom Ich zum Wir«: Praxisratgeber Zivilgesellschaft
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: GEWERKSCHAFTEN, ENGAGEMENT UND ARBEITSMARKT

EDITORIAL

Einerseits ist klar: »Ehrenamt braucht Hauptamt«. Die qualifizierte Begleitung und Unterstützung des Engagements durch das Hauptamt in den Infrastrukturen der Zivilgesellschaft, sei es in Vereinen, Verbänden und Einrichtungen oder in übergreifend tätigen Anlaufstellen, ist wichtig. Stichworte der aktuellen Debatten sind hier: nachhaltige Förderhorizonte dieser Infrastrukturen, die noch fehlende Bundeskompetenz bei der Engagement- und Partizipationsförderung und ein integriertes Curriculum der dort Tätigen. Doch andererseits ist das Verhältnis von Engagement und Erwerbsarbeit immer wieder auch konfliktreich. Die Verdrängung von Erwerbsarbeit durch Engagement, das Unterlaufen von Mindestlohngelöben durch billige Engagierte oder auch die oftmals fehlende »Arbeitsmarktneutralität« etwa bei Einsatzstellen des Bundesfreiwilligendienstes, für den bislang immer noch alle ehemaligen Zivildienststellen antragsberechtigt sind, haben bei den Gewerkschaften alle Alarmglocken schrillen lassen.

Das BBE hat vor diesem Hintergrund bereits 2017 mit den Gewerkschaften und den Trägern der Freiwilligendienste das Thema der »Arbeitsmarktneutralität« erörtert. Zudem sollten die Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und Engagement für die Praxis des Freiwilligenmanagements nach tragfähigen Kriterien bewertbar gemacht werden: Ab wann ist eine Tätigkeit Engagement, ab wann ist sie wie Erwerbsarbeit zu behandeln? – Die Debatte um Erwerbsarbeit und Engagement wie auch um eine mögliche Rolle des Engagements in einer neuen Beschäftigungspolitik ist auch Gegenstand der beiden im Anhang zur Verfügung gestellten Texte. In den nachfolgenden Beiträgen des Themenschwerpunkts wird die Sicht auf Erwerbsarbeit und Engagement seitens der Gewerkschaften, aber es werden auch Fragen der Work-Life-Balance, das Ineinandergreifen von bürgerschaftlichem Engagement, Nebenjob und Hauptberuf in informellen wie formellen Strukturen sowie Fragen der sozialen Bürgerrechte und deren Bedeutung für gutes Engagement erörtert.

[Beitrag von PD Dr. Ansgar Klein](#) (PDF, 683 kB)

[Beitrag von PD Dr. Ansgar Klein/ Dr. Thomas Rübke \(BBE-Arbeitspapier, S. 38-46\)](#)
(PDF, 4,4 MB)

[nach oben](#)

IG Metall Vorstand: Gute Arbeit der Zukunft

Gute Arbeit der Zukunft und der Beitrag, den die Gewerkschaft und ihre Ehrenamtlichen dazu leisten, ist das Thema des Beitrages des Vorstandes der IG Metall. Mit der Industrie 4.0, der zunehmenden Digitalisierung und Vernetzung von Maschinen und Werkstücken, ändern sich die Arbeitsbedingungen der Menschen erneut. Leitbild der Gewerkschaft ist die »Gute Arbeit der Zukunft« – als Beteiligungsgewerkschaft baut sie dabei auf das Engagement ihrer ehrenamtlich Aktiven in den Betrieben, die häufig zugleich auch außerhalb ehrenamtlich tätig sind: »Gemeinsam mit ihnen setzen wir uns ein für gute Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung, berufliche Perspektiven, sichere Arbeitsplätze, Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb.«

[Beitrag des IG Metall Vorstandes](#) (HTML)

[Beitrag des IG Metall Vorstandes als PDF herunterladen](#) (156 kB)

[nach oben](#)

Weselsky: Bürgerschaftliches Engagement in der GDL

Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für die Kampfkraft und Durchsetzungsfähigkeit einer Gewerkschaft stellt Claus Weselsky dar, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL): Seit Ihrer Gründung vor 150 Jahren ist die Arbeit von 1.000 Ehrenamtlichen vor Ort die Basis der Kenntnis der Probleme der LokomotivführerInnen und ZugbegleiterInnen sowie des Vertrauens in die GDL, die 75 Prozent des Zugpersonals in Deutschland organisiert. Dabei zeigt Weselsky auf, welche Herausforderungen die laufende Digitalisierung gerade auch für das Ehrenamt als Basis der GDL darstellt. Digitalisierung muss gestaltet werden: »Am effektivsten geht das mit einem Tarifvertrag. Und hier steht wieder das Ehrenamt, denn mit kollektivem Betteln werden keine Tarifverträge geschlossen.«

[Beitrag von Claus Weselsky](#) (HTML)

[Beitrag von Claus Weselsky als PDF herunterladen](#) (154 kB)

[nach oben](#)

Wötzel: Beruf, Familie und Engagement vereinbaren

Wie können Beruf, Familie und Engagement vereinbart werden, damit unsere Demokratie lebendig bleibt? Und welche Rolle haben Gewerkschaften dabei? Diesen Fragen widmet sich Uwe Wötzel, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Bundesverwaltung, Bereich Politik und Planung. Er kritisiert Fehlentwicklungen in der

Arbeitswelt und stellt das Thema der Zeitsouveränität in den Mittelpunkt.
»Erwerbstätige und insbesondere erwerbstätige Eltern brauchen endlich bessere Rahmenbedingungen für ihr Engagement. Sie brauchen deutlich mehr Selbstbestimmung über ihre Arbeitszeit, sie brauchen gesetzlich abgesicherte Arbeitszeitsouveränität und kürzere Arbeitszeiten.«

[Beitrag von Uwe Wötzel](#) (HTML)

[Beitrag von Uwe Wötzel als PDF herunterladen](#) (150 kB)

[nach oben](#)

Peters/ Vandamme: Nachbarschaftshilfe und Sprachverwirrung

Nachbarschaftshilfe als Forschungs- und Politikproblem ist das Thema des Beitrages von Lisa Peters, Sozialarbeiterin und Erzieherin, und Prof. Dr. Ralf Vandamme, Dozent an der Hochschule Mannheim mit den Lehrschwerpunkten Bürgerschaftliches Engagement, politische Partizipation und Kommunalpolitik. Sie reflektieren den vielschichtigen Bedeutungshorizont von informeller wie organisierte Nachbarschaftshilfe und kritisieren die Vereinnahmung unterschiedlichster Formen von Nachbarschaftshilfe im Freiwilligensurvey. Anhand einer empirischen Studie zeigen sie die Vielschichtigkeit und das Ineinandergreifen von bürgerschaftlichem Engagement, Nebenjob und Hauptberuf in informellen wie formellen Strukturen auf. Angesichts der Vermutung, dass so eine besondere Fürsorgestruktur entsteht, fordern sie: »Dann ist es die Aufgabe der Engagementforschung (aber auch anderer Institutionen, vielleicht auch der Gewerkschaften), diese Qualität, die dazu notwendigen Rahmenbedingungen ebenso wie ihre erwünschten und unerwünschten Begleiterscheinungen näher zu ergründen.«

[Beitrag von Lisa Peters und Prof. Dr. Ralf Vandamme als PDF herunterladen](#) (200 kB)

[nach oben](#)

Blaschke: Engagement und bedingungsloses Grundeinkommen

Das Verhältnis zwischen bürgerschaftlichem Engagement und der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens erörtert Ronald Blaschke, Mitgründer des Netzwerks Grundeinkommen und des europäischen Netzwerks Unconditional Basic Income Europe. Ausgehend von der ersten Begründung des Grundeinkommens Ende des 18. Jahrhunderts skizziert er die Entwicklung der heutigen Diskurslage. Dabei grenzt er das Grundeinkommen von Ansätzen ab, die Gegenleistungen und Pflichten postulieren, wie beim Bürgergeld von Ulrich Beck oder dem solidarischen Grundeinkommen. Zugleich stellt er den Zusammenhang her zu Themen wie bürgerschaftlichem Engagement, Tätigkeitsgesellschaft, moralischen Pflichten und der Überwindung der zentralen Rolle der Erwerbsarbeitsgesellschaft.

[Beitrag von Ronald Blaschke als PDF herunterladen](#) (174 kB)

[nach oben](#)

LÄNDER

»Wir beteiligen uns.«: Weiterbildungsreihe

»Wir beteiligen uns.« ist eine Weiterbildungsreihe, die der Dachverband der Evangelischen Akademien in Deutschland im Rahmen des Programms »Qualifiziert handeln.« der Bundeszentrale für politische Bildung anbietet. Die geförderte Weiterbildung richtet sich an freiwillig Engagierte und an hauptamtlich Tätige, die mit engagierten Menschen arbeiten. Ziel der Weiterbildung ist die Unterstützung von Menschen bei ihrem Engagement für eine lebendige Zivilgesellschaft und gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Die nächste Modulreihe findet im Zinzendorfhaus Neudietendorf (Thüringen) zwischen September und November 2018 statt. An insgesamt drei Wochenenden unterrichten professionelle TrainerInnen zu Themen wie Kommunikation, Gruppenprozessen, dem Umgang mit Anfeindungen im Internet und Projektmanagement. Engagierte Menschen aller Altersstufen sind eingeladen, sich bis zum 17. Juli 2018 zu bewerben.

[Weitere Informationen und Bewerbung](#)

[nach oben](#)

Open Data in NRW: Antwort der Landesregierung

Am 28. Mai 2018 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen auf die Kleine Anfrage 1005 der Abgeordneten Christina Kampmann und Alexander Vogt, SPD, zu Open Data in Nordrhein-Westfalen geantwortet (Drucksache 17/2697). Hintergrund der Anfrage ist ein schriftlicher Bericht der Landesregierung zum Thema »Open Data – Sachstand in NRW« für die Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation im April 2018. Dort ist aufgeführt, dass das Open Data Gesetz NRW zeitnah erarbeitet werden soll und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenzial offener Daten heben solle. U. a. wurde nach Überlegungen gefragt, das digitale Ehrenamt im Kontext von Open-Data-Konzepten zu fördern, bspw. in der Stadt Bonn.

[Antwort der Landesregierung](#) (PDF, 192 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Hummel: Appell von Mannheim

Dr. rer. soc Konrad Hummel präsentiert und erläutert den Appell von Mannheim für eine aktive Stadt- und Quartierspolitik: »Den Blick für die Demokratie schärfen! Der Appell von Mannheim«. Er gründet auf einem handlungsfähigen, gestaltenden Staat sowie einer glaubwürdigen Bürgerbeteiligung: Der Appell wurde von einem Kreis aus WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen verfasst, die unzufrieden sind mit der Ohnmacht gegen populistische Politik und angesichts dessen, dass sich die Zeichen in ganz Europa mehren, dass Quartierspolitik angegangen werden muss.

[Beitrag von Dr. Konrad Hummel](#) (HTML)

[Beitrag von Dr. Konrad Hummel als PDF herunterladen](#) (183 kB)

[nach oben](#)

Ehrenamt als Auswahlgrund für Familiennachzug

Die zahlenmäßige Begrenzung des Familiennachzugs bei subsidiär Schutzberechtigten erfordert Auswahlkriterien, da nur ein kleiner Teil von den prinzipiellen Ausschlussgründen betroffen sind, die in die Bereiche von strafbaren Handlungen, Gewaltbereitschaft oder Hasspropaganda führen. Ein entscheidendes Kriterium stellen im Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 4. Juni 2018 Integrationsaspekte dar (»Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten« (Familiennachzugsneuregelungsgesetz), Drucksache 19/2438). Als ein Aspekt wird dabei ehrenamtliches Engagement angeführt: »Zu den Integrationsaspekten des subsidiär Schutzberechtigten zählen insbesondere die eigenständige Sicherung von Lebensunterhalt und Wohnraum auch für den nachziehenden Familienangehörigen, besondere Fortschritte beim Erlernen der deutschen Sprache, gesellschaftliches Engagement, ehrenamtliche Tätigkeit, das nachhaltige Bemühen um die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder die Absolvierung einer Berufsausbildung. Diese Aspekte zeigen, dass der Ausländer eine Integration in die Bundesrepublik Deutschland verfolgt.« (Ebd. S. 24)

[Gesetzentwurf der Bundesregierung](#) (PDF, 1,1 MB)

[nach oben](#)

Kleine Anfrage zu BFD mit Flüchtlingsbezug beantwortet

Am 22. Mai 2018 hat die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (Drucksache 19/1963) zum »Sonderprogramm Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug« beantwortet (Drucksache 19/2341). Mit umfangreichen Tabellen wird auf die verlangte genaue Aufschlüsselung nach Herkunftsländern, Asylstatus, Geschlecht und Alter geantwortet. Etwa 55 Prozent der gut 11.000 abgeschlossenen Verträge entfiel auf Deutsche, 20 Prozent auf Personen aus Syrien und 5 Prozent auf Personen aus Afghanistan. Alle anderen Verträge entfallen auf Personen aus 111 weiterer Nationen, wobei diese weder einen Flucht- noch Asylbezug haben müssen. Das Sonderprogramm läuft aus. Da keine wissenschaftliche Begleitung oder Evaluation stattfand, kann die Regierung nicht sagen, ob oder inwiefern das Sonderprogramm erfolgreich war.

[Antwort der Bundesregierung zum BFD-Sonderprogramm](#) (PDF, 612 kB)

[nach oben](#)

Kleine Anfrage zu Migrantenselbstorganisationen beantwortet

Am 30. Mai 2018 hat die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur »Förderung der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten« (Drucksache 19/2107) beantwortet (Drucksache 19/2376). Inhaltlich werden die verschiedenen Förderwege für Migrantenselbstorganisationen (MSO) des Bundesfamilienministeriums und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die grundsätzlichen Ziele dieser Förderung dargestellt. Dazu gehört auch die Darstellung der EmpfängerInnen und jeweiligen Förderhöhen. Ebenso weist die Bundesregierung darauf hin, dass eine Übernahme von MSO in eine institutionelle Förderung am Omnibus-Prinzip scheitert, also nur möglich wäre, wenn schon länger vorhandene Organisationen, die institutionelle Förderung erhalten, aussteigen oder ausgestiegen werden. Aktuell sei die Bundesregierung dabei, andere Wege für eine nachhaltige Förderung von MSO zu sondieren.

[Antwort der Bundesregierung zur Förderung von MSO](#) (PDF, 280 kB)

[nach oben](#)

Zusammenarbeit mit InteressenträgerInnen: Erste Antwort

Die FDP-Fraktion hat am 7. Mai 2018 drei Kleine Anfragen zur »Zusammenarbeit von Bundesregierung und externen Interessenträgern« gestellt, von denen die Bundesregierung am 26. Mai 2018 eine erste beantwortet hat (19/2320). Das Besondere an diesen Kleinen Anfragen ist, dass nach ganz konkreten Akteuren gefragt wird. In dieser Kleinen Anfrage geht es um die großen

Wirtschaftsberatungsunternehmen, in den anderen beiden dagegen um zivilgesellschaftlich Agierende in den Bereichen Energiewende und Verkehrswende. In der einen Anfrage geht es um die Agora Energiewende gGmbH sowie die Agora Energiewende, die auf Initiative der Stiftung Mercator und der European Climate Foundation gegründet worden war, in der dritten Kleinen Anfrage schließlich um die Deutsche Umwelt Hilfe (DUH) (Drucksache 19/2034). In der Begründung der FDP heißt es: »Im Hinblick auf die staatliche Mitfinanzierung steht die DUH, insbesondere vor dem Hintergrund der durch sie angestoßenen Abmahnverfahren, in der Presse zunehmend in der Kritik.« In ihrer Antwort weist die Bundesregierung darauf hin, dass die DUH Mittel im Rahmen konkreter Projektförderungen für diese jeweiligen konkreten Projekte erhalten hat und weist diese für den erfragten Zeitraum aus.

[Antwort auf Kleine Anfrage zur DUH](#) (133 kB)

[nach oben](#)

Verfassungsschutz und Demokratieprojekte: Anfrage beantwortet

Am 11. Mai 2018 beantwortete die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zur Überprüfung von Demokratieprojekten durch Sicherheitsbehörden. Die Antwort der Bundesregierung ist sehr kurz, da die entsprechenden Maßnahmen in den Programmen »Demokratie leben!« und »Zusammenhalt durch Teilhabe« überschaubar sind. Im Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« passiert praktisch nichts, da hier etablierte TrägerInnen zum Zug kommen. Im breiter gestreuten Programm »Demokratie Leben« finden etwas mehr Überprüfungen statt, besonders im Rahmen der Interessenbekundungsverfahren. In keinem Fall kam es zu einer Beendigung oder Einschränkung der Förderung.

[Antwort](#) (PDF, 74,8 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

AG »Migration, Teilhabe, Vielfalt«: Sitzungsbericht

Am 22. Mai 2018 fand in den Räumlichkeiten der TH Köln die 10. Sitzung der BBE-Arbeitsgruppe »Migration, Teilhabe, Vielfalt« statt. Schwerpunkt der Sitzung war der Umgang von zivilgesellschaftlichen Organisationen mit den sich durch die AfD stellenden politischen und praktischen Herausforderungen. Ansgar Drücker vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA), berichtete hierzu. Grundsätzlich ließen sich vor allem bei politischen Initiativen der AfD zweierlei Strategien beobachten: Einerseits werde in den Landtagen der

Engagement- und Partizipationsbegriff an sich angegriffen. Andererseits würde hingegen zwischen »guten« und »schlechten« zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschieden und so der Versuch unternommen eine Spaltung der Zivilgesellschaft zu bewirken. Vor allem letztere Strategie hätte bislang jedoch (noch) keinen Erfolg. Mit Blick auf die Zivilgesellschaft zeige sich derweil in der Verbandslandschaft eine große Spannweite im Umgang mit der AfD. Die nächste Sitzung der AG findet am 20. September 2018 in Berlin statt und wird sich den Integrationsräten widmen.

[Weitere Informationen zur AG »Migration, Teilhabe, Vielfalt«](#)

[nach oben](#)

Freiwilligendienste im europäischen Vergleich: Workshop-Bericht

In zahlreichen europäischen Ländern bestehen Freiwilligendienstprogramme, und mit dem Europäischen Solidaritätskorps wird aktuell ein neuer EU-Freiwilligendienst aufgebaut. Dass im Hinblick auf Ziele und Qualitätsstandards der Dienste europaweit große Unterschiede bestehen, wurde am 8. Juni 2018 im Rahmen eines Fachworkshops aufgezeigt, der von der BBE-Arbeitsgruppe »Freiwilligendienste« und dem BBE-Arbeitsbereich Europa ausgerichtet wurde. Vorgestellt wurden eine aktuelle Recherche zu Freiwilligendiensten im europäischen Vergleich sowie Dienstprogramme in Österreich, den Niederlanden und der EU. Deutlich wurden ein Trend zu einer stärkeren beschäftigungspolitischen Zielsetzung von Dienstprogrammen sowie ein Defizit im transnationalen Austausch der Trägerorganisationen. Ende Juni 2018 werden die Ergebnisse des Fachworkshops schriftlich aufgearbeitet und auf der BBE-Themenseite »Europa« veröffentlicht.

[Weitere Informationen zum Fachworkshop und Download Recherchepapier](#)

[nach oben](#)

Mitglied des Monats: dbb beamtenbund und tarifunion

Seit 100 Jahren ist der dbb beamtenbund und tarifunion die große deutsche Interessenvertretung für BeamtInnen und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor. Gegründet 1918 als »Zusammenschluss der deutschen Beamten- und Lehrervereinigungen auf gewerkschaftlicher Grundlage« in Berlin vertritt der dbb heute über 1,3 Millionen Mitglieder. Diese sind in über 40 Mitgliedsgewerkschaften organisiert. Sie engagieren sich in Personal- und Betriebsräten und setzen sich aktiv für einen attraktiveren öffentlichen Dienst ein. Dabei unterstützt sie der dbb in berufsspezifischen und rechtlichen Fragen, etwa durch Schulungen, und organisiert Veranstaltungen wie das Forum Öffentlicher Dienst. Seit 2008 veranstaltet der dbb die Reihe »Europäischer Abend«, die aktuelle Herausforderungen der Europapolitik diskutiert.

[Weitere Informationen zum dbb beamtenbund und tarifunion](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

»Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung«

Das »Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung« vom 14. bis 16. September 2018 in Loccum stellt die Gestaltung von Dialogen in der Demokratie in den Mittelpunkt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. eine vertiefende Diskussion über die Etablierung der Bürgerkommune, die sinnvolle Verknüpfung formeller und informeller Beteiligungsprozesse oder das konstruktive Zusammenspiel von Bürgerbeteiligung und Direkter Demokratie. Die Teilnehmenden erhalten die Möglichkeit, über die Rollen der verschiedenen AkteurInnen und ihr Zusammenwirken im Kontext der Konfliktbearbeitung, über neue Wege der Ansprache verschiedener Zielgruppen und über gelingende Beteiligung im ländlichen Raum vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu diskutieren. Zudem wird die Beteiligung von Jugendlichen und Geflüchteten in den Blick genommen. Die Tagungsgebühr beträgt 180 Euro (für Übernachtung, Verpflegung, Kostenbeitrag). Für SchülerInnen, Studierende, Freiwilligendienstleistende und Arbeitslose 90 Euro (Ermäßigung nur gegen Bescheinigung). Eine Anmeldung ist erforderlich. Veranstaltet wird das Forum von der Stiftung Mitarbeit und der Evangelischen Akademie Loccum.

[Weitere Informationen zum Forum 2018](#)

Wirksames Sozialunternehmertum: Social Impact Camp

Die Social Reporting Initiative e.V. lädt zusammen mit dem Social Impact Lab Frankfurt vom 26. bis 28. September 2018 zum »Social Impact Camp 03« nach Frankfurt (Main) ein. Das Social Impact Camp ist eine Veranstaltung rund um das Thema Wirkung – in diesem Jahr liegt der Fokus auf dem Thema »Wirksames Sozialunternehmertum«. Das Format gestaltet sich als Barcamp, angereichert mit methodischen Inputs und Keynotes von ExpertInnen. Kommentare, Anregungen und Fragen können bei Twitter unter dem Hashtag #wwsic hinterlassen werden; Sessionvorschläge werden in einem Web-Dokument gesammelt. Das Camp richtet sich sowohl an Wirkungserfahrene, EinsteigerInnen, Interessierte als auch KritikerInnen zum Thema Wirkung aus den unterschiedlichsten Bereichen wie Sozialunternehmen, der Politik und Verwaltung, Stiftungen, der Freien Wohlfahrt, aus Vereinen und Organisationen sowie von Bildungsinstitutionen und aus profitorientierten Unternehmen. Eine Anmeldung ist erforderlich. Für die Teilnahme wird um einen Kostendeckungsbeitrag von 30 Euro gebeten, inkl. Verpflegung an beiden Tagen.

[Weitere Informationen zum Social Impact Camp](#)

[Web-Dokument für Sessionvorschläge](#)

[nach oben](#)

Deutscher Nachbarschaftspreis 2018

Auch 2018 verleiht die nebenan.de Stiftung den Deutschen Nachbarschaftspreis. Mit dem Preis soll nachbarschaftlichem Engagement eine neue Sichtbarkeit gegeben und gleichzeitig das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass lokale Gemeinschaften eine fundamentale Bedeutung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft haben. Der Preis richtet sich sowohl an organisierte, gemeinnützige Vereine, Stadtteilzentren, Sozialunternehmen als auch an engagierte Nachbarschaftsgruppen. Gesucht werden Projekte, die im Kleinen Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen bereithalten und auf lokaler Ebene wirken. Diese Projekte müssen sich bereits in der Umsetzung befinden. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 1. Juli 2018. Die PreisträgerInnen werden bei einer offiziellen Preisverleihung am 5. September 2018 in Berlin vom Schirmherren des Preises, Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, persönlich geehrt. KooperationspartnerInnen der Stiftung sind die Deutsche Fernsehlotterie, die Diakonie Deutschland, EDEKA, Vonovia und Zalando.

[Weitere Informationen zum Deutschen Nachbarschaftspreis](#)

[nach oben](#)

openTransfer Accelerator: Skalierungsstipendium

Die Stiftung Bürgermut sucht bis zum 1. August 2018 bereits zum vierten Mal zehn innovative Organisationen, die ihre sozialen Projekte in die Fläche bringen möchten. In einem dreistufigen Programm erhalten die Teilnehmenden Transfer-Wissen in Form von Workshops, Webinaren, 1:1-Beratung und finanzieller Unterstützung bei der Umsetzung ihres Transfervorhabens.

[Weitere Informationen zum Skalierungsstipendium](#)

[nach oben](#)

Analysetool für gemeinnützige Organisationen

Die Akademie für Ehrenamtlichkeit stellt auf ihrer Webseite ein Analysetool für gemeinnützige Organisationen zur Verfügung, mit dessen Hilfe der Entwicklungsstand der Engagementförderung in der eigenen Organisation ermittelt werden kann – von den Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement bis hin zur

Verabschiedung von Freiwilligen. Die Beantwortung der Fragen dauert nur wenige Minuten. Es wird empfohlen, das Analysetool möglichst in einer kleinen Gruppe auszufüllen, beispielsweise im Vorstandsteam, da verschiedene Mitglieder einer Organisation die Situation oft unterschiedlich einschätzen. Nach Beantwortung des Fragebogens erhalten die Organisationen innerhalb weniger Tage eine Auswertung mit ersten Handlungsempfehlungen.

[Analysetool](#)

[nach oben](#)

»Vom Ich zum Wir«: Praxisratgeber Zivilgesellschaft

Ob eine Kooperation gelingt, hängt in entscheidender Weise vom Beitrag der beteiligten PartnerInnen ab. Wer als Person oder Organisation eine Kooperation eingeht, sollte deshalb für sich prüfen, welche Ressourcen in eine Zusammenarbeit eingebracht werden können und sollen. Der Praxisratgeber »Vom Ich zum Wir – die eigene Kooperationsfähigkeit stärken« widmet sich der Rolle eines Partners/ einer Partnerin in einer Kooperation und geht konkret der Frage nach, wie Agierende aus Kommunalverwaltungen und Zivilgesellschaft ihre Kooperationsfähigkeit stärken können. Dazu bietet der Ratgeber Handlungswissen, praxisnahe Beispiele und Reflexionshilfen, die die Spezifika des lokalen Raums berücksichtigen. Zur Entwicklung des Ratgebers, der im Rahmen des Projekts »Synergien vor Ort« der Bertelsmann Stiftung entstanden ist, wurden qualitative Interviews mit Vertretenden gemeinnütziger Organisationen und von Kommunalverwaltungen in Deutschland geführt.

[Weitere Informationen und Download des Praxisratgebers](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie auf der [Webseite des BBE](#).

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 28. Juni 2018.

Redaktionsschluss ist der 20. Juni 2018.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche

Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Beiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

